

Risikogeschäft öffentlich-private Partnerschaften

Fachkonferenz

10. September 2019

Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin

Öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP, Englisch: Public-Private Partnership, PPP), sind langfristige Verträge, die ein Staat meist zum Bau, Erhalt und Betrieb einer Infrastruktur mit privaten Firmen abschließt. Davon betroffen sind vor allem die Sektoren Energie, Transport, Wasser und Telekommunikation. Aber auch Schulen, Krankenhäuser oder Gefängnisse gibt es als ÖPP. Finanziert werden sie entweder durch Zahlungen der öffentlichen Hand an den privaten Partner oder durch Gebühren für die Nutzer/innen, die direkt an den privaten Partner gehen.

Bedeutung für die Entwicklungszusammenarbeit

ÖPP spielen, vor allem in Form von langfristigen Konzessionen, schon lange eine Rolle in der Entwicklungszusammenarbeit. Sie werden durch internationale Organisationen wie die Weltbank oder den Internationalen Währungsfonds (IWF) befördert. Die Entwicklung in den letzten Jahrzehnten folgt dabei keinem klaren Trend: 2017 waren es laut Weltbank-Daten 90 Mrd. US-Dollar ÖPP-Volumen, der Spitzenwert wurde aber 2012 mit gut 140 Mrd. US-Dollar erreicht. Deutsche Entwicklungsbanken wie die KfW und deren Tochter DEG sind an großen Infrastruktur-ÖPP in Europa, in Schwellen- und Entwicklungsländern beteiligt. Deutsche Konzerne wie Fraport, RWE, E.ON und Siemens sind ebenfalls in zahlreiche internationale ÖPP involviert. Auch der Compact with Africa (CWA), eine Initiative der deutschen G20-Präsidentschaft 2017, soll umfassend zur Förderung privater Investitionen in die Infrastruktur durch ÖPP beitragen.

Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen einschließlich Risikobewertung nicht schlüssig

Mit ÖPP sollen aus Sicht der Befürworter/innen für den Staat und die Bürger/innen Kosten eingespart und Wissen der Privaten genutzt werden. Das Problem ist jedoch, dass diese Effizienzversprechen in der Realität nicht eingehalten werden. Risiken werden vom privaten Partner auf die öffentliche Hand abgeschoben. Wer am Ende die Kosten trägt, wird selten offenbart. Die meisten Verträge sowie zentrale Bestimmungen zu Wirtschaftlichkeit und Finanzierung bleiben geheim. Diese

mangelnde Transparenz erschwert jegliche demokratische Beteiligung während der Ausschreibung und des Betriebs der Projekte.

ÖPP werden als ein Ausweg aus zu hohen Staatsschulden angepriesen. In der Tat stellen ÖPP-Verträge schuldenähnliche Verpflichtungen dar, weshalb sogar der Internationale Währungsfonds vor versteckten Schulden warnt. Auch die Wirtschaftlichkeit von ÖPP wird mittlerweile in Frage gestellt: Der Europäische Rechnungshof hat 2018 in einer Analyse von ÖPP-Projekten in vier EU-Staaten gravierende Defizite festgestellt. Ähnlich hatten sich in den Jahren zuvor wiederholt die deutschen Rechnungshöfe geäußert. Ein Grund für hohe Dauerkosten sind Gewinn- oder Abnahmegarantien.

Diese führen gerade in ärmeren Ländern zu Problemen, wie zum Beispiel beim Staudamm Bujagali in Uganda. Die Risikoverteilung unter den Partnern ist eines der Kernargumente der ÖPP-Befürworter/innen. Die Realität zeigt: unvorhergesehene Ereignisse oder Nachverhandlungen führen immer wieder zu Kostenrisiken für den Staat. Die Weltbank hat dies in ihrem Ratgeber zu ÖPP bei „ungünstigem Regierungshandeln“ und sogar bei Rechtsänderungen vorgesehen. Dazu kommt das Risiko einer Pleite der ÖPP-Betreiber-gesellschaft, wie bei den spanischen Autobahnen 2017, oder des gesamten ÖPP-Konzerns, wie beim britischen Baukonzern Carillion 2018.

Rechenschaftspflicht und Transparenz erhöhen

Die Veranstaltung zieht Bilanz, welche Risiken für die öffentliche Hand ÖPP mit sich bringen: Kann eine faire Risikoverteilung erreicht werden? Ist es möglich, die besonders großen Risiken der öffentlichen Hand abzunehmen – und wenn nicht, rechnen sich ÖPP? Wie realistisch ist es, dass insbesondere ärmere Staaten in den Vertragsverhandlungen die Interessen der Bevölkerung ausreichend durchsetzen? Welche Rolle spielen hier die Weltbank und der Internationale Währungsfonds und welche sollten sie spielen? Und welchen Einfluss kann die Bundesregierung dabei ausüben?

Diesen Fragen gehen wir im Dialog von Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Politik, internationalen Finanzinstitutionen und Verwaltung nach.

Programm

Fachkonferenz 10. September 2019,

Friedrich-Ebert-Stiftung, Konferenzsaal 2, Hiroshimastr. 28, Berlin
13:00 bis 20:00 Uhr

- 12:30 Registrierung und Imbiss
- 13:00 Eröffnung und Begrüßung
- 13:10 **Videobotschaft Philip Alston**, UN Special Rapporteur on extreme poverty and human rights (angefragt)
- 13:15 - 14.00 *Interviews*
(Verdeckte) Schulden
María José Romero, Policy and Advocacy Officer bei Eurodad, Brüssel
Mark Joseph Flanagan, Assistant Director, Strategy, Policy, and Review Department, International Monetary Fund (Videokonferenz)
Moderation: Irene Knoke, Wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Südwind
- 14:00 - 15:30 *Panel*
Wirtschaftlichkeit
Borges Nhamirre, Mitarbeiter beim Centro de Integridade Publica (CIP), Mosambik
Holger Mühlenkamp, Professor für Öffentliche Betriebswirtschaftslehre an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer
Jan Martin Witte, Abteilungsleiter Zentrales Afrika und regionale Fonds bei der KfW Entwicklungsbank
Moderation: Markus Henn, Referent für Finanzmärkte bei WEED (Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung)
- 15:30 Kaffeepause
- 16:00 - 17:30 *Panel*
(Groß-) Risiken und Haftung
Anuradha Munshi, Research Coordinator beim Center for Financial Accountability, Indien
Dexter Whitfield, Director der European Services Strategy Unit (ESSU), Irland
Christina Paul, Senior Infrastructure Finance Specialist bei der Weltbank, Washington, DC
Moderation: Carl Waßmuth, Gemeingut in BürgerInnenhand
- 17:30 Pause
- 18.00 - 19.30 *Abschlussdiskussion*
Risikogeschäft öffentlich-private Partnerschaft – wer zahlt die Rechnung?
Jakob von Weizsäcker, Abteilungsleiter für Grundsatzfragen und internationale Wirtschaftspolitik, sowie Chefökonom im Bundesministerium der Finanzen (angefragt)
Christina Paul, Senior Infrastructure Finance Specialist bei der Weltbank, Washington, DC
Borges Nhamirre, Centro de Integridade Publica (CIP), Mosambik
Laura Valentukeviciute, Vorstandsmitglied bei Gemeingut in BürgerInnenhand (GiB)
Moderation: Hanna Gersmann, die Korrespondenten
- 19.30 - 20.00 **Kleiner Empfang** und Raum für weitere Diskussionen

Anmelden bitte bis zum 3. September 2019 [hier](http://www.fes.de/gpol) oder auf unserer Website www.fes.de/gpol
Der Konferenzsaal ist über einen barrierefreien Zugang zu erreichen.